

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



---

## 19.015 sn Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Bericht

---

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO vom 31. Dezember 2018

---

Die Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den beiden jährlichen Tagungen sowie an Seminaren und Arbeitstreffen der NATO-PV teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die NATO-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

### Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Isidor Baumann

#### Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Hauptdiskussionsthemen 2018
- 5 Weitere Aktivitäten der Delegation im Jahr 2018
- 6 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahr 2018
- 7 Tätigkeiten und künftige Ausrichtung



## 1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der NATO-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB, [SR 171.117](#)). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die NATO-PV-Delegation ein Reglement, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.<sup>1</sup>

### Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2018:

Präsident: Ständerat Isidor Baumann

Vizepräsidentin: Nationalrätin Corina Eichenberger-Walther

Mitglieder: Nationalrat Werner Salzmann und Ständerat Josef Dittli

Ersatzmitglieder: Nationalrätin Chantal Galladé<sup>2</sup> und Ständerat Alex Kuprecht.

## 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2018 nahm die Schweizer Delegation bei der NATO-PV an folgenden Anlässen teil:

- Frühjahrstagung, vom 25. bis 28. Mai, in Warschau (Ständerat Isidor Baumann, Nationalrätin Chantal Galladé, Nationalrat Werner Salzmann);
- Jahrestagung, vom 16. bis 19. November, in Halifax (Ständeräte Isidor Baumann, Josef Dittli und Alex Kuprecht, Nationalrätin Chantal Galladé, Nationalrat Werner Salzmann).

Die beiden Tagungen waren Gegenstand je eines Delegationsberichtes zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Im Berichtsjahr überschritten sich die Daten der Rose-Roth-Seminare sowie verschiedener Ausschusssitzungen mit den Sessionen oder Kommissionssitzungen der eidgenössischen Räte und blieben deshalb ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

## 3 Reisekosten

Durch die Bahn- und Flugreisen der NATO-PV-Delegation im Jahr 2018 entstanden der Bundesversammlung Kosten in Höhe von 24 000 Franken.

## 4 Hauptdiskussionsthemen 2018

Im Zentrum der Diskussionen der NATO-PV im Jahr 2018 standen die Spannungen zwischen Russland und dem Westen, die Weiterentwicklung der NATO, die Terrorismusbekämpfung und die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika (MENA-Region). Weitere wichtige Themen waren die Entwicklung der Lage auf dem Westbalkan und in Afghanistan.

An der Frühjahrstagung lobte der Präsident der NATO-PV, der Italiener Paolo Alli, den substantiellen Beitrag Polens an die NATO-Missionen in Afghanistan und Kosovo sowie zugunsten der baltischen Länder. Ausserdem gehöre Polen zu den NATO-Ländern, welche die Vorgabe, zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung aufzuwenden, bereits erfüllen. Der Präsident der NATO-PV zeigte sich besorgt über die aggressive und revisionistische Politik Russlands und begrüsst die rasche und entschlossene Antwort der NATO. Die NATO habe ihre kollektive Verteidigung und ihre Abschreckungsfähigkeit an der Ostflanke seit 2014 signifikant verstärkt. Das zeige sich insbesondere in der Präsenz von NATO-Truppen sowie des Kommandos «*Multinational Division North-East*» in Polen. Die polnischen Grenzen seien Teil der NATO-Ostgrenze. Künftig müsse

---

<sup>1</sup> [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) > Rechtsgrundlagen).

<sup>2</sup> Bis zum 6. Dezember 2018.



die NATO weiterhin geeint und stark, aber auch offen zum Dialog sein. Vor dem Hintergrund eines volatilen und unvorhersehbaren sicherheitspolitischen Umfelds sei der NATO-Gipfel, der im Juli 2018 in Brüssel stattfinden soll, eine wichtige Gelegenheit, die NATO weiter an die komplexen und multidimensionalen Herausforderungen anzupassen. Diese kämen nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Süden. Denn die wichtigen Erfolge im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak hätten weder das Ende des Terrorismus noch ein Ende der humanitären Krisen in diesen Ländern bedeutet. Er hoffe, dass die NATO in Afghanistan aktiv bleibe und sich gleichzeitig vermehrt in der MENA-Region und auf dem Westbalkan engagieren werde. In diesem Zusammenhang warnte er vor negativen Beeinflussungen durch externe Kräfte, die versuchten, Spannungen zwischen den Balkanländern zu schüren. Im Allgemeinen sei die Versuchung gross, den Schutz der NATO als gegeben zu erachten. Es sei aber wichtig, Freiheit, Demokratie und Sicherheit nicht als selbstverständlich zu betrachten, was man insbesondere der jungen Generation immer wieder in Erinnerung rufen müsse.

In ihrer Eröffnungsrede an der Jahrestagung in Halifax betonte die Interimspräsidentin<sup>3</sup>, die Litauerin Rasa Juknevičienė, wie überaus wichtig es sei, die transatlantischen Beziehungen sowie das nordamerikanische Engagement in Europa und in der NATO aufrechtzuerhalten. Sie forderte die Europäer auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und ihrer Verpflichtung nachzukommen, zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben. Dies sei von zentraler Bedeutung, um Russland, das seine Militärausgaben erhöht und in neue, moderne Waffensysteme investiert habe, etwas entgegensetzen zu können. Die Strategie Russlands bestehe darin, seine Gegner zu spalten und seine Gewinne zu maximieren. Um dieses Ziel zu erreichen, setze es sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein, u. a. hybride Mittel und Desinformation. Rasa Juknevičienė rief die Mitglieder der Versammlung dazu auf, eine gemeinsame langfristige Russland-Strategie zu definieren und die Zeit nach Putin vorzubereiten.

An der Frühjahrstagung in Warschau rief NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg das Erfolgsrezept der NATO in Erinnerung, das darin bestehe, dass es ihr immer wieder gelinge, sich an das sich verändernde Sicherheitsumfeld anzupassen. Die am Warschauer NATO-Gipfel von 2016 gefassten Beschlüsse hätten die kollektive Verteidigung zwar gestärkt, doch stehe die NATO erneut vor einem wichtigen Gipfel. Das Sicherheitsumfeld sei angesichts der verschiedenen internationalen Bedrohungen noch anspruchsvoller geworden. Einerseits trete Russland immer bestimmter auf, mische sich in demokratische Prozesse anderer Länder ein, sei verantwortlich für Cyberangriffe, investiere massiv in moderne militärische Fähigkeiten, verwische die Grenzen zwischen konventionellen und nuklearen Kräften und zögere nicht, militärische Gewalt gegenüber seinen Nachbarn anzuwenden. Andererseits gebe es im Süden der Allianz Instabilität und Gewalt und die Gefahr von Cyberangriffen sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen nehme zu. Weil diese Gefahren gleichzeitig auftreten, sei die Lage gefährlich. Vor diesem Hintergrund verwies der NATO-Generalsekretär auf die Themen des Gipfels in Brüssel. Ausserdem kam er auf die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Ländern zu sprechen in Bezug auf die Klimafrage, das Pariser Abkommen, Handels- und Zollfragen sowie das Iran-Abkommen. In der Geschichte der NATO sei es immer wieder zu solchen Situationen gekommen, die Stärke der NATO jedoch liege eben gerade darin, dass sie mit Meinungsverschiedenheiten konstruktiv umgehe, ohne ihrer Kernkompetenz – die Sicherstellung einer starken kollektiven Verteidigung – zu schwächen. Als Zeichen der Stärkung des transatlantischen Bandes sehe er insbesondere, dass die USA ihre

---

<sup>3</sup> Rasa Juknevičienė übernahm das Präsidium vom 24. September 2018 bis zum 19. November 2018 ad interim, nachdem der für 2017–2018 gewählte Präsident, der Italiener Paolo Alli, bei den Parlamentswahlen in Italien seinen Sitz in der Abgeordnetenversammlung verloren hatte und daher zurückgetreten war.



finanziellen Mittel, ihre Truppenpräsenz, ihre Materialbestände wie auch die Anzahl ihrer Übungen in Europa stark erhöht hätten.

In ihrer Rede in Halifax begrüsst die stellvertretende NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller (USA), dass die NATO-Militärausgaben das vierte Jahr in Folge insgesamt gestiegen sind. Sie forderte die Parlamentsmitglieder indes auf, dafür zu sorgen, dass diese Linie beibehalten werde und es nicht zu einem Zurückrudern komme. Sie hielt fest, dass die NATO-Militärmanöver im Oktober und November 2018 in Norwegen (TRIDENT JUNCTURE 2018<sup>4</sup>) ein voller Erfolg gewesen sind. Diese Übung, in welcher der Bündnisfall nach Artikel 5 simuliert wurde, stellte einen realitätsnahen Test dar, bei dem nordamerikanische Einheiten Europa militärisch verstärkten. Dank diesem Grossmanöver konnte auch der Grad der Interoperabilität der Einsatzkräfte beurteilt werden. Dabei handelte es sich um die grösste NATO-Übung seit den 1980er-Jahren. Nachdem mehrere Delegierte Rose Gottemoeller auf die Querelen unter den NATO-Mitgliedern angesprochen hatten, räumte sie ein, dass es – wie in jeder guten Familie – in bestimmten Angelegenheiten zwar Meinungsverschiedenheiten gibt, bei Fragen der Verteidigung jedoch Einigkeit besteht. Dieser Standpunkt wurde von der britischen Delegation nicht geteilt, die insbesondere den Kauf russischer Waffen durch NATO-Mitglieder kritisierte.<sup>5</sup> Angesichts des zunehmend provokativen Verhaltens Russlands hielt Rose Gottemoeller die Zeit für gekommen, Massnahmen zu ergreifen. Um den Desinformationskampagnen etwas entgegenzusetzen, sei es wichtig, transparent über die Aktivitäten der NATO zu informieren. Auf die Zukunft des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angesprochen, meinte Rose Gottemoeller, Russland müsse mit den Fakten konfrontiert und an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Es handle sich aber um eine Angelegenheit, die in erster Linie die USA und Russland regeln müssten, die NATO habe dabei keine Rolle zu spielen. Zur Rolle, welche die NATO bei der Terrorismusbekämpfung in der Sahelzone einnehmen könnte, meinte Rose Gottemoeller, eine Intervention der NATO komme nicht infrage, doch könne die Allianz bei Bedarf Mittel zur Verfügung stellen. Sie räumte aber ein, dass die Allianz mehr tun müsste, um die Länder dieser Region insbesondere bei der Stärkung ihrer Sicherheitskräfte zu unterstützen. Auf die Frage des Präsidenten der norwegischen Delegation nach der Schwelle, ab welcher ein Mitgliedstaat im Falle eines Cyberangriffs den Bündnisfall ausrufen darf, antwortete Rose Gottemoeller, es sei keine solche Schwelle festgelegt worden und jeder Mitgliedstaat könne den Bündnisfall ausrufen, wann immer er es für notwendig halte. Ihrer Meinung nach müssen im Bereich des Schutzes und der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Informatiksystemen Anstrengungen unternommen werden. In diesem Zusammenhang gelte es auch, die verschiedenen Gegenmassnahmen, die bei einem Angriff ergriffen werden könnten, sowie deren Auswirkungen präzise zu analysieren.

An der Frühjahrstagung verabschiedete die Vollversammlung eine Erklärung<sup>6</sup> im Hinblick auf den NATO-Gipfel vom 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel. Diese fordert die Mitgliedstaaten auf, die Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der NATO deutlich zu machen. In der Erklärung werden ausserdem die fünf Hauptthemen des Gipfels festgehalten: 1. Abschreckung und Verteidigung, 2. Stabilität für alle und Terrorismusbekämpfung, 3. Zusammenarbeit NATO–EU, 4. Modernisierung des

---

<sup>4</sup> Die Übung wurde im Nordatlantik, in Island und in Norwegen – dem Gastland – abgehalten. Es nahmen rund 50 000 Militärangehörige aus 29 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Schweden teil. Im Einsatz waren Luft-, See- und Landstreitkräfte (rund 250 Flugzeuge, 65 Schiffe und 10 000 Fahrzeuge) sowie Cyberabwehrkräfte und ABC-Abwehrmittel.

<sup>5</sup> In der Kritik stand der Beschluss der Türkei, sich das Flug- und Raketenabwehrsystem S-400 zu beschaffen.

<sup>6</sup> Die Erklärung Nr. 444 «Affirming NATO's unity and credibility at the Brussels summit» ist unter [www.nato-pa.int](http://www.nato-pa.int) abrufbar (unter der Rubrik «Documents»). Als assoziiertes Mitglied kann die Schweizer Delegation zwar Resolutionen oder Empfehlungen bzw. deren Änderung beantragen, über ein Stimmrecht verfügen die assoziierten Mitglieder indes nicht.



Bündnisses und 5. Lastenteilung. Zudem fordert sie die NATO zur Fortsetzung der Politik der offenen Tür auf und verlangt Massnahmen, um den Bürgerinnen und Bürgern das Bündnis näherzubringen.

An der Jahrestagung verabschiedete die Versammlung neun Resolutionen<sup>7</sup>, u. a. zur Lastenteilung der NATO, zur Stärkung der Abschreckung im Osten, zu Abwehrmassnahmen gegen hybride Angriffe von Russland und zur Bekämpfung der Herausforderungen aus dem Süden. Die Inhalte der wichtigsten Resolutionen werden nachstehend unter den jeweiligen Diskussionsthemen zusammengefasst. Die Resolution zur Lastenverteilung wurde bei Stimmenthaltung der US-Delegation verabschiedet. Die Resolution zur Stärkung des NATO-Beitrags zur Bewältigung der Herausforderungen aus dem Süden wiederum wurde von der türkischen Delegation abgelehnt.

Darüber hinaus wählte die Versammlung an der Jahrestagung die Britin Madeleine Moon für ein Jahr zu ihrer Präsidentin. Madeleine Moon ist die erste Frau, die von der Versammlung offiziell zur Präsidentin gewählt wurde. In ihrer Antrittsrede wies Madeleine Moon darauf hin, wie wichtig es sei, dass die Verbündeten ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Verteidigungsausgaben nachkommen, und unterstrich ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zu Themen wie dem Beitritt neuer NATO-Mitglieder, der Rolle der Frauen in der Verteidigung, der Einbindung von Jugendlichen sowie dem Frieden und der Sicherheit im Allgemeinen zu leisten.

Als Schatzmeister amtiert weiterhin der Luxemburger Marc Angel. Das Budget 2019 der NATO-PV beträgt 3,94 Millionen Euro, was gegenüber 2018 einer Erhöhung um 2,73 Prozent entspricht.<sup>8</sup> Dieser Anstieg ist auf den Teuerungsausgleich, höhere Personalkosten sowie auf höhere Aufwendungen für den Sitz der Versammlung und die Arbeit der Ausschüsse zurückzuführen.

Ferner wurden zwei wichtige Änderungen am Betrieb des internationalen Sekretariats der Versammlung vorgenommen: Erstens wurde eine neue Abteilung für die Beziehungen und die Kommunikation mit den Delegationen geschaffen und zweitens wurde beschlossen, die Arbeiten zu digitalisieren und schrittweise auf gedruckte Unterlagen zu verzichten. Mit der Tagung in Halifax wurde der erste Schritt hin zu einem reduzierten Papierverbrauch gemacht.

Die nachfolgenden Themen standen bei den Anlässen mit Beteiligung der Schweizer Delegation im Zentrum.

#### **4.1 Beziehungen zu Russland**

Das Verhalten Russlands auf dem internationalen Parkett war in sämtlichen Ausschüssen der Versammlung Diskussionsthema. Bei der Präsentation ihres Berichts<sup>9</sup> führte die Vertreterin des US-Kongresses Susan Davis aus, dass Russland drei Ziele verfolgt: Es wolle erstens die internationale Ordnung neugestalten, zweitens seine Rechte über das ausüben, was es als seine Einflussphäre betrachte, und strebe drittens eine Konstellation der geopolitischen Nullsummenspiele an. Die Strategie des Landes bestehe darin, durch subversive und hybride Aktivitäten primär politischer Natur – mit informationstechnischen Mitteln (u. a. Cyberangriffe und Verbreitung von Falschinformationen) sowie wirtschaftlicher Einschüchterung und Manipulation – die Schwächen der jeweils anderen Seite

<sup>7</sup> Die Resolutionen sind unter [www.nato-pa.int](http://www.nato-pa.int) abrufbar (unter «Documents» mit den Suchbegriffen «Policy Recommendations» und «2018»).

<sup>8</sup> Die Schweiz ist als assoziiertes Mitglied nicht beitragspflichtig, leistet aber über das Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) in Genf und über das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport einen indirekten finanziellen Beitrag, mit dem namentlich thematische Seminare und Ausbildungsprogramme der NATO-PV finanziert werden.

<sup>9</sup> «Russian Meddling in Elections and Referenda in the Alliance», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.



auszunutzen. Insbesondere versuche Russland, bereits bestehende Spannungen innerhalb der Gesellschaft und Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen durch eine Diskreditierung eben dieser zu unterminieren, russlandfreundliche politische Gruppierungen zu unterstützen und russlandkritische zu diskreditieren, wobei gleichzeitig Zweifel und Unsicherheit verbreitet werden sollen. Laut Susan Davis ist Moskau durchaus zu Cyber- und anderen Computerangriffen bereit, um sich in die Wahlprozesse westlicher Länder einzumischen. Ähnlich argumentierte auch der Brite Lord Jopling, als er seinen Bericht<sup>10</sup> präsentierte und festhielt, dass der Begriff «hybride Kriegsführung» seit der Annexion der Krim 2014 durch Russland in der internationalen politischen Rhetorik omnipräsent ist. Laut Lord Jopling setzt Russland verschiedenste hybride Instrumente ein, die als die weltweit differenziertesten, ressourcenreichsten, umfassendsten und in sich schlüssigsten bezeichnet werden können. Der Hybridkrieg Russlands zielt in erster Linie auf die euroatlantische Gemeinschaft und die Staaten in der Region ab, welche die NATO und die Europäische Union von Russland trennt. Moskau sei entschlossen, die Entscheidungsprozesse in den europäischen Ländern zu stören und den Einfluss der USA in Europa zu schwächen. Als Beispiele führte Lord Jopling die russischen Versuche an, die Wahlen in Schweden zu manipulieren, auf den Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien Einfluss zu nehmen und sich in der Ukraine einzumischen, um dort religiösen Dissens zu entfachen. Zudem prangerte er das ambivalente Verhalten der westlichen Staaten an, die russische Investitionen – namentlich in Immobilien – zuzulassen würden oder die Kinder mehrerer Putin-freundlicher Oligarchen in ihren Privatschulen aufgenommen hätten. Zum Skripal-Fall<sup>11</sup> führte Lord Jopling aus, dass laut einer in Russland durchgeführten Umfrage vier Prozent der Befragten glauben, die Vergiftung von Skripal und seiner Tochter gehe auf das Konto des russischen Nachrichtendienstes, 28 Prozent meinen, der britische Nachrichtendienst stecke dahinter, und 56 Prozent der Auffassung sind, irgendjemand habe den Giftanschlag verübt haben können. Die Umfrage zeige, dass die russische Verneblungstaktik gut funktioniert. Die Taktik Putins bestehe darin, sich den Westen zur Festigung seiner Macht zunutze zu machen. Dies sei jedoch nicht ungefährlich, da zwischen der virtuellen Welt Putins und der Realität allmählich eine Lücke klaffe. Dies führe zu einer Isolation des Regimes, was gemeinsam mit dem wirtschaftlichen und technologischen Niedergang Russlands die Gefahr einer grossen Krise erhöhe.

Der Direktor und Chefredakteur des Forschungslabors für digitale Forensik des *Atlantic Council*, Graham Brookie, gab sich überzeugt, dass entschlossenes Handeln ausreicht, um die Desinformationskampagnen Russlands<sup>12</sup> zu durchkreuzen. Desinformation habe es schon immer gegeben. Mit den modernen Kommunikations- und Informationsmitteln habe sie jedoch ein beispielloses Ausmass angenommen. Das Forschungslabor für digitale Forensik arbeite ausschliesslich mit frei zugänglichen Quellen. Ziel sei es, sämtliche verfügbaren Informationen abzugleichen, auch diejenigen in den sozialen Netzwerken. Laut Graham Brookie besteht die Herausforderung in erster Linie darin, die enorme Menge an verfügbaren Informationen zu verarbeiten. Die Nachrichtendienste hätten grosses Interesse an dieser Arbeitsmethode. Die Analyse des Labors habe aufgezeigt, wie Russland seine Methoden im Cyberspace geändert habe (Wechsel von Massenaktionen, die möglichst viele Menschen erreichen sollen, zu gezielteren Aktionen, weniger Automatisierung, Abkehr von Bots usw.) und wie das Land versuche, ganz bestimmte Gruppen zu beeinflussen mit dem Ziel, Divergenzen zu verschärfen. In der Diskussion berichtete der Georgier Giorgi Kandelaki, dass ein falscher Artikel über ihn auf Facebook veröffentlicht worden war.<sup>13</sup> Er habe

---

<sup>10</sup> «Countering Russia's hybrid Threats: an Update», Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit.

<sup>11</sup> Vergiftung des ehemaligen Agenten des russischen Militärnachrichtendienstes und späteren Doppelagenten sowie seiner Tochter mit einem Nervengift im englischen Salisbury im März 2018.

<sup>12</sup> Man spricht nicht mehr von *Fake News*, sondern von *Desinformation* (absichtliche Verbreitung falscher Informationen).

<sup>13</sup> In dem Artikel hiess es, Giorgi Kandelaki habe der deutschen Zeitschrift *Volt* gesagt, er sei dafür, dass der Patriarch der georgisch-orthodoxen Kirche verfolgt werde, was in Georgien einem politischen Selbstmord gleichkommt.



darauhin vergebens bei Facebook reklamiert. Die Präsidentin des Ausschusses für die zivile Dimension der Sicherheit, die Niederländerin Maria Martens, hielt fest, dass die Verantwortlichen von Facebook und Google unlängst bei einem Besuch des Ausschusses am Sitz der beiden Unternehmen auf dieses Problem aufmerksam gemacht worden sind. Im Rahmen der Diskussion führten die Deutsche Ulla Schmidt, die Ukrainerin Irina Friz, die Britin Mary Helen, die Litauerin Rasa Jukneviene und der Spanier Gano Puche Beispiele für russische Manipulationsversuche an (beim Brexit-Referendum, beim Referendum in Katalonien usw.). Diese Versuche hätten zum Ziel, mit falschen Informationen Einfluss auf die politische Debatte zu nehmen, Zweifel zu säen und so das Vertrauen in die Behörden und Institutionen zu untergraben. Einzig die serbische Delegation war damit nicht einverstanden. Sie kritisierte den Jopling-Bericht scharf und hielt die Kritik an Russland und die «antirussische Hysterie» für unbegründet.

Nicht nur in Bezug auf Russland bestand praktisch Einigkeit, sondern auch in Bezug auf die zu ergreifenden Abhilfemassnahmen. Für Lord Jopling besteht die Lösung darin, die Resilienz der demokratischen Institutionen und Werte zu stärken. Ausserdem müsse eine Aktualisierung des strategischen Konzepts der NATO in Betracht gezogen werden, da dieses nicht mehr der sicherheitspolitischen Realität entspreche. Russland werde darin als Partner bezeichnet und hybride Bedrohungen, die unter Artikel 5 (Bündnisfall) fallen könnten, würden darin nicht genannt. Susan Davis empfahl, die Wahlprozesse zu institutionalisieren und die Systeme zur Registrierung von Wählerinnen und Wählern sowie die Abstimmungssysteme besser gegen Störmanöver zu schützen. Ihrer Meinung nach müssen die Abstimmungsanlagen und -prozesse regelmässig überprüft und in die Liste der Infrastrukturen von strategischer Bedeutung aufgenommen werden. Zudem gelte es, die Cybersicherheit der betroffenen politischen Organisationen zu erhöhen und die Rolle der Gruppen zu stärken, die mit der Überprüfung der Fakten befasst sind. Zu guter Letzt könnte es nützlich sein, besser mit den sozialen Medien zusammenzuarbeiten. In den Augen der britischen Baroness Meta Ramsay ist die Rückverfolgung von Desinformation zwar notwendig, doch darf deren Ausmass nicht überschätzt werden. Derzeit gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass die russischen Kampagnen erfolgreich sind. Die Litauerin Rasa Jukneviene äusserte sich ähnlich. Die russischen Ziele seien nun klar und diesem Phänomen werde heute viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt als noch vor wenigen Jahren. Sie empfahl, sich auf die Zeit nach Putin vorzubereiten und sich für die russische Gesellschaft einzusetzen. Die Äusserungen des Polen Miroslaw Suchon gingen in die gleiche Richtung. Er sagte, das Problem sei nicht Russland, sondern das Putin-Regime. In einer in Halifax verabschiedeten Resolution<sup>14</sup> fordert die Versammlung die Regierungen der NATO-Staaten auf, unverzüglich Massnahmen zum Schutz ihrer Wahlen vor fremder Einmischung zu ergreifen, beispielsweise indem Wahlinfrastrukturen ähnlich wie Kommunikations- und Energienetze als kritische Infrastrukturen eingestuft werden. So könnte die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden ausgeweitet werden, um die Wahlen vor Cyberangriffen zu schützen. In der Resolution wird zudem gefordert, bei der Bekämpfung der Wahleinmischung in den sozialen Medien stärker mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten. In einer weiteren Resolution<sup>15</sup> verlangt die Versammlung von den Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die Widerstandsfähigkeit von deren Zivilgesellschaften gegenüber jeglicher Art von hybriden Angriffen gestärkt wird. Darüber hinaus fordert sie die Mitgliedstaaten auf, zu bekräftigen, dass hybride Angriffe den Bündnisfall auslösen können, und appelliert an sie, aufgrund mehrerer hybrider Angriffe – namentlich des Giftanschlags im englischen Salisbury – gezieltere Sanktionen gegen Russland in Betracht zu ziehen.

---

<sup>14</sup> Resolution Nr. 452: «Safeguarding Elections in the Alliance».

<sup>15</sup> Resolution Nr. 445: «Updating the Responses to Russia's hybrid Tactics».



In den verschiedenen Diskussionen wiesen die Rednerinnen und Redner darauf hin, dass Russland zwar durchaus bereit ist, zur Abstützung seiner Strategie Gewalt anzuwenden, es sich jedoch mit dem Grossteil seiner Anstrengungen im nichtmilitärischen Bereich bewege. Mehrere Entwicklungen seien allerdings besorgniserregend, insbesondere die Zunahme der militärischen Aktivitäten Russlands. An einem vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit in Halifax organisierten Rundtischgespräch zur Sicherheit im Nordatlantik hielt James Henry Bergeron, politischer Berater des NATO-Marinekommandos, fest, dass seit 2015 in allen Regionen eine starke Zunahme der militärischen Aktivitäten Russlands zu beobachten ist (Einsatz der Kampfgruppe des Admiral-Kuznezow-Flugzeugträgers im Mittelmeer, Präsenz neuer Schiffsklassen und neuer moderner U-Boote, militärische Grossmanöver wie SAPAD 17 und WOSTOK 18 usw.). Laut James Henry Bergeron agiert Russland dabei nicht mehr wie im Kalten Krieg (Einfrontkrieg), sondern strebt – wie in einem Wettstreit zwischen Grossmächten – eine Konfrontation auf allen Operationsgebieten (*360-Degrees Approach*) an. Dies stelle eine wachsende Bedrohung für die Verstärkungslinien Europas, für die Kommunikationsverbindungen, für den Cyberspace usw. dar. Ähnliches war auch am vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit organisierten Rundtischgespräch zur sich ändernden Lage in der Arktis zu hören. Mehrere Parlamentsmitglieder zeigten sich besorgt über das Ausmass und den Umfang der Verstärkung der russischen Militärpräsenz in der Arktis, namentlich über die vollständige Neuorganisation der Nordmeerflotte, die Einrichtung von militärischer Infrastruktur in der gesamten Region und die drastische Erhöhung der Flug- und U-Boot-Aktivitäten. Der kanadische Senator Joseph A. Day wies bei der Präsentation seines Berichts<sup>16</sup> zudem auf die Machtdemonstrationen an der Ostgrenze der NATO hin. Die Kanadierin Leona Alleslev wiederum verwies in ihrem Bericht<sup>17</sup> namentlich auf die im März 2018 von Präsident Putin vorgestellten neuen Waffensysteme, wie die sich in Entwicklung befindlichen Kernwaffen, darunter eine schwere Interkontinentalrakete, ein «unsichtbarer» Marschflugkörper, ein unbemanntes atomar bewaffnetes U-Boot sowie die kürzlich erfolgreich getestete Hyperschallrakete *Kinschal*. Der französische Senator Jean-Marie Bockel warnte in seinem Bericht<sup>18</sup> davor, dass Russland im Rahmen seiner Kriegsführungsdoktrin zunehmend Anschläge auf Satellitensysteme erwägt.

Im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland drängte die Litauerin Aušrinė Armonaitė die europäischen Staaten dazu, die Gasversorgungsverträge mit Russland gemeinsam auszuhandeln, um zu verhindern, dass Russland seine Dominanzstellung ausnutzt und den kleineren Ländern seine Bedingungen diktiert. Bei der Präsentation ihres Berichts über die Energiesicherheit<sup>19</sup> erklärte sie, Russland nutze seine Energieressourcen, um Europa zu spalten, politischen Druck auf die schwächsten Länder auszuüben, demokratische Staaten zu korrumpieren und mit den so erzielten Einnahmen seine Verteidigungsausgaben aufzustocken. Sie verwies auf die grosse Abhängigkeit Mittel- und Osteuropas von russischem Erdgas und legte dar, wie Moskau diese Abhängigkeit ausnutze und in der Vergangenheit bereit war, sein Ansehen als Handelspartner geopolitischen Zwecken zu opfern. Russland ist der grösste Erdgaslieferant (knapp 40 Prozent der Importe) und der zweitgrösste Rohöllieferant der EU (knapp 30 Prozent der Importe). Ein Grossteil dieses Gases wird durch die Ukraine geleitet, in der das russische Unternehmen Gazprom seit einem Jahrzehnt immer wieder Preiskampf betreibt. Aušrinė Armonaitė warnte davor, dass der Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 die Abhängigkeit Europas von russischem Gas verstärken, die Ukraine weiter schwächen und dem russischen Staat zu neuen Einkünften verhelfen wird. In einer in Halifax verabschiedeten

---

<sup>16</sup> «Reinforcing NATO's Deterrence in the East», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

<sup>17</sup> «Defence Innovation: Capitalising on NATO's Science and Technology Base», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.

<sup>18</sup> «The Future of the Space Industry», Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

<sup>19</sup> «The Energy Security Challenge in Central and Eastern Europe», Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.



Resolution<sup>20</sup> betont die Versammlung, dass es notwendig ist, die Versorgungsquellen zu diversifizieren, die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen zu verringern, am Energiemarkt Wettbewerbsfreiheit zu schaffen, die Rechtsvorschriften im Energiebereich zu verstärken, die Transparenz zu erhöhen und die Korruption zu bekämpfen. Die Resolution verlangt ausserdem, dringend den Schutz der Energieinfrastrukturen vor Cyberattacken zu verstärken.

## 4.2 Entwicklung der NATO

Die Entwicklung der NATO stand im Mittelpunkt der Diskussionen der beiden Tagungen. In Warschau wurden in erster Linie die Themen für den NATO-Gipfel im Juli 2018 in Brüssel analysiert. An der Vollversammlung stellte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die fünf Hauptthemen des Gipfels vor:

1. Beim Thema «*Abschreckung und Verteidigung*» gehe es insbesondere darum, die Bereitschaft der Streitkräfte weiter zu erhöhen und sicherzustellen, dass militärische Verstärkung künftig rasch zu den Einsatzorten gebracht werden kann, sei es innerhalb von Europa oder über den Atlantik. Gleichzeitig müsse gegenüber Russland Dialogbereitschaft signalisiert werden, und – falls möglich – die Beziehung zu Moskau verbessert werden. Zumindest aber müsse eine ungewollte Eskalation aufgrund von Missverständnissen und Fehlbeurteilungen verhindert werden.

2. «*Stabilität für alle*» (*projecting stability*) soll dadurch erreicht werden, dass die NATO ihre Partner, insbesondere jene im Süden, unterstützt, indem sie die Streitkräfte dieser Länder befähige, ihr Land selbst zu stabilisieren und Terrorismus effektiv zu bekämpfen. Dieses Vorgehen sei bereits in Afghanistan angewendet worden. Die NATO beabsichtige, im Irak gleich vorzugehen und die Unterstützung der NATO in eine Ausbildungs- und Unterstützungsmission zugunsten der irakischen Streitkräfte umzuwandeln. Dieselben Überlegungen hätten die NATO dazu bewogen, sich auch in Jordanien und Tunesien sowie auf dem Westbalkan, in der Ukraine und in Georgien zu engagieren.

3. Mit dem Ziel, die «*Zusammenarbeit NATO–EU*» noch weiter auszubauen, soll wie bereits 2016 am Gipfel in Warschau auch in Brüssel eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden. 74 konkrete Zusammenarbeitsmassnahmen seien bereits festgelegt worden, namentlich in den Bereichen Cybersicherheit, hybride Bedrohungen und Terrorismusbekämpfung. Jens Stoltenberg begrüsst ausdrücklich die «*Ständige Strukturierte Zusammenarbeit*», welche die EU im Rahmen ihrer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik im Dezember 2017 beschlossen hatte. Ein starkes Europa bedeute auch eine starke NATO. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass die Anstrengungen der EU komplementär zu jenen der NATO sind und keine Doppelspurigkeiten geschaffen werden.

4. Bei der «*Modernisierung des Bündnisses*» stehe die Fortführung der Reform der Strukturen und Abläufe der Kommandozentren im Vordergrund. Jens Stoltenberg erinnerte daran, dass die NATO während des Kalten Krieges über 33 Kommandozentren mit mehr als 20 000 Beschäftigten verfügte, während heute nur noch sieben Zentren mit weniger als 7000 Beschäftigten zur Verfügung stünden. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage seien zwei neue Kommandozentren zu schaffen:

- Das erste, das Atlantik-Kommando mit Basis in Norfolk (USA), habe die Aufgabe, die Transportwege zwischen Nordamerika und Europa zu sichern.

- Das zweite, das Logistik-Kommando mit Basis in Ulm (Deutschland), habe die Aufgabe, die Truppen- und Materialbewegungen in Europa zu verbessern.

Die beiden Kommandos dürften im Laufe des Jahres 2019 voll einsatzbereit sein.

5. Eine gegenseitige Verteidigung der NATO-Mitglieder bedinge auch eine faire «*Lastenteilung*». Bei der 2014 am Gipfel in Wales beschlossenen Vorgabe, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung aufzuwenden, gehe es nicht nur um Ausgaben, sondern auch darum, welche Mittel, die für die NATO

---

<sup>20</sup> Resolution Nr. 450: «Energy Security a strategic Challenge for the Alliance».



von Nutzen seien, bereitgestellt würden, und in welchem Umfang sich die Länder an NATO-Einsätzen beteiligten (Konzept «*cash, capabilities and contributions*»).

In Halifax wurden mehrere Rundtischgespräche zu den Massnahmen der Nato im Atlantik, in der Arktik und in Osteuropa sowie zur Modernisierung der Kommandostrukturen durchgeführt. James Henry Bergeron erklärte u. a., dass die NATO ihre Marineaktivitäten in den verschiedenen Meeren erhöht hat, um den verstärkten Militär- und insbesondere Marineaktivitäten Russlands etwas entgegenzusetzen. Dazu wurden mehrere Marineeinheiten zum NATO-Marinekommando (MARCOM) zusammengezogen. MARCOM wäre jedoch gemäss James Henry Bergeron derzeit nicht für einen Kriseneinsatz rund um die Uhr gewappnet. Laut Vizeadmiral Andrew Lewis, Kommandant der Zweiten US-Flotte, ist die NATO dabei, gewisse Dinge wieder zu lernen, die jahrzehntelang nicht mehr trainiert wurden, so wie der Einsatz bei extremen meteorologischen Bedingungen. Peter Dombrowski, Professor für Strategie in der Abteilung «Einsatz- und Strategieforschung» am «*Naval War College*», wiederum schätzte die derzeitigen Einsatzfähigkeiten der NATO im Bereich der Marine eher positiv ein. Seiner Ansicht nach verfügt die Allianz über modernes Material und angemessene Marinestrategien. Ausserdem seien wichtige Modernisierungsprogramme in Umsetzung und bestünden gute industrielle Grundlagen. Negativ sei hingegen, dass die einzelnen Flotten nur von geringer Grösse sind. Er rief die NATO-Staaten dazu auf, sich auf ihre jeweiligen Stärken zu konzentrieren und eine Arbeitsteilung vorzunehmen. Auf die Frage der Britin Madeleine Moon nach der Situation bei der Rekrutierung von Personal antworteten die Fachpersonen, dass es bei den Marinestreitkräften die gleichen Schwierigkeiten gibt wie in anderen Kernbereichen (z. B. Cyberbereich). Sie riefen dazu auf, innovative Lösungen zur Nachwuchssicherung zu suchen. Bei einem Rundtischgespräch zur sich ändernden Lage in der Arktis äusserten sich mehrere Parlamentsmitglieder besorgt über die erhebliche Zunahme der russischen Militäraktivitäten in dieser Region. Sie forderten, die NATO müsse ihre strategische Haltung im Hohen Norden der neuen Sicherheitslage anpassen. Dazu gehöre, dass die Verteidigungsfähigkeit in dieser Region ausgebaut wird und mehr gemeinsame Übungen organisiert werden. Die kanadische Senatorin Jane Cordy erklärte bei der Präsentation ihres Berichts<sup>21</sup>, dass eine Intensivierung der zivilen, ökonomischen und militärischen Aktivitäten in der Arktisregion stattfindet. Diese Entwicklung erschwere den Schutz der Zivilbevölkerung, eine Aufgabe, die schon allein aufgrund der Grösse der Region, der rauen meteorologischen Bedingungen und der fehlenden Infrastrukturen schwierig genug sei. Jane Cordy rief die NATO dazu auf, ihr Engagement in der Arktis sorgsam zu planen, um sicherzustellen, dass diese ein Raum der Kooperation und geringer Spannungen bleibt.

Der Kanadier Joseph Day wies darauf hin, dass die aktuelle Aufstellung der konventionellen Streitkräfte des Bündnisses in Osteuropa nach wie vor unzureichend ist. Im Falle einer grösseren Krise, insbesondere in den baltischen Staaten, wäre es für die NATO sehr schwierig, rechtzeitig Verstärkung für die Abwehr von Invasionsstreitkräften heranzuführen und den Status quo ante im Gebiet wiederherzustellen. Joseph Day führte diese Situation auf zwei Hauptprobleme zurück: Zum einen könnten die europäischen NATO-Staaten wegen bürokratischer und logistischer Hürden Truppen und Ausrüstungsgegenstände nicht rasch vor Ort bringen, zum anderen verfügten sie nicht über ausreichend Schnellreaktionskräfte mit hohem Bereitschaftsgrad. Russland hingegen habe solche Probleme nicht und sei in der Lage, rasch Kräfte in Stellung zu bringen, die zahlenmässig weit überlegen sind. Durch die Modernisierungen, die Russland vorgenommen habe, verfügten diese Streitkräfte zudem über nahezu gleichwertige Fähigkeiten in Bezug auf Feuerkraft, Mobilität und Luftverteidigungssysteme. Laut Joseph Day könnte dieses Ungleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften eine unnötige hypothetische Versuchung für Russland darstellen. Sollte Russland die

---

<sup>21</sup> «Civil Protection in the High North and in the Mediterranean», Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit.



NATO auf die Probe stellen, würde dies zu einer raschen und verheerenden Eskalation führen. Um das militärische Ungleichgewicht an der NATO-Ostgrenze zu beseitigen, schlägt Joseph Day vor, das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv der NATO zu verstärken. Hierzu erachtet er namentlich folgende vier Massnahmen als notwendig:

1. Entsendung weiterer Bodentruppen und Ausrüstungsgegenstände;
2. Umsetzung der NATO-EU-Initiativen zur Stärkung der Infrastruktur und zum Abbau der rechtlichen und bürokratischen Hürden für den Transfer von militärischen Ausrüstungsgegenständen und Truppen in den Osten;
3. Verkürzung der Verlegungszeiten durch alle europäischen NATO-Mitglieder;
4. Investitionen in Mittel zur Neutralisierung der neuen A2/AD-Systeme, mit denen Russland gegnerische Einheiten am Zugang zu einem Operationsgebiet hindern und/oder die Bewegungsfreiheit in einem ausgewählten Operationsgebiet oder um dieses herum einschränken kann.<sup>22</sup>

In sämtlichen Ausschüssen wurde die Lastenverteilung thematisiert. Am Gipfel im September 2014 in Wales hatten die NATO-Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Verteidigungsausgaben vereinbart, sich bis 2024 dem Referenzwert von zwei Prozent ihres BIP anzunähern und 20 Prozent ihrer jährlichen Verteidigungsausgaben für neues Grossgerät sowie für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Seit März 2017 müssen NATO-Mitgliedstaaten zudem ihre geplanten jährlichen Verteidigungsausgaben veröffentlichen und über drei wichtige Aspekte (Konzept «*cash, capabilities and contributions*») informieren:

1. Wie wollen sie den Referenzwert für die Verteidigungsausgaben erreichen?
2. In welchem Masse investieren sie in die Leistungsfähigkeit der NATO?
3. Welche Beiträge leisten sie schon heute an NATO-Operationen und -missionen, welche sind geplant?

Der Ungar Attila Mesterhazy erklärte bei der Präsentation seines Berichts<sup>23</sup>, dass der Referenzwert von zwei Prozent – trotz der Kritik an der ungenauen Definition und dem Vorwurf konzeptioneller Mängel – seit der Tagung in Wales de facto anerkannt wird. Er hielt fest, dass die meisten Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben aufgestockt haben<sup>24</sup>, es aber grosse Unterschiede gibt. Ferner hätten einige Mitglieder bis jetzt noch keinen Aktionsplan vorgelegt. Im Bericht wird ausserdem davon ausgegangen, dass nur 14 von 29 Mitgliedern den Zwei-Prozent-Wert bis 2024 erreichen. Die Vertreterinnen und Vertreter Kanadas wurden in Halifax von der amerikanischen und der britischen Delegation mehrfach direkt aufgefordert, den Zwei-Prozent-Wert einzuhalten. Sowohl der kanadische Verteidigungsminister Harjit Singh Sajjan als auch seine Stellvertreterin Jody Thomas erklärten, dass ihr Land seine Verteidigungsausgaben erhöhen und sich weiterhin aktiv an den NATO-Missionen beteiligen wird. Die Kanadierin Leona Alleslev betonte bei der Präsentation ihres Berichts<sup>25</sup>, wie wichtig Forschungs- und Entwicklungsausgaben seien. In ihren Augen muss es eine der Prioritäten der NATO zwingend sein, ihren technologischen Vorsprung beizubehalten. Sie zeigte sich besorgt darüber, dass dieser Vorsprung schwindet, zumal neue Technologien das Potenzial besässen, das strategische Gleichgewicht zu stören. Immer mehr Spitzentechnologien würden in Nichtmitgliedstaaten der NATO entwickelt und einige dieser Staaten könnten bald die bisher im Wissenschafts- und Technologiebereich führenden Länder überholen. Leona Alleslev erklärte, dass die NATO-Staaten ihre Bemühungen zur Einhaltung der vereinbarten Verteidigungsausgaben –

---

<sup>22</sup> Anti-Access/Area-Denial-Systeme.

<sup>23</sup> «Burden Sharing: New Commitments in a new Era», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

<sup>24</sup> Im Jahr 2018 erreichten fünf Mitgliedstaaten den Referenzwert von 2 Prozent (USA, Griechenland, Estland, das Vereinigte Königreich und Lettland), drei Mitgliedstaaten lagen knapp darunter (Polen, Litauen und Rumänien).

<sup>25</sup> «NATO Science and Technology: Maintaining the Edge and Enhancing Alliance Agility», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.



namentlich jene für Forschung und Entwicklung – deutlich intensivieren müssen. Schliesslich rief sie die NATO-Mitglieder dazu auf, Innovation zu fördern und die grössten Talente zu rekrutieren.

In Halifax verabschiedete Vollversammlung nicht weniger als fünf Resolutionen über die Weiterentwicklung der NATO:

1. Resolution über die Stärkung des Abschreckungsdispositivs der NATO im Osten<sup>26</sup>

Diese Resolution empfiehlt den NATO-Mitgliedern, weiterhin die Nachhaltigkeit und Einsatzfähigkeit der verstärkten Vornepräsenz (*Enhanced Forward Presence*) sicherzustellen. Ausserdem fordert sie eine Verbesserung der militärischen Mobilität durch eine engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU, eine Verkürzung der Verlegungszeiten und die Sicherung der Versorgungsachsen. Die Resolution ruft zudem dazu auf, ein Schnellwarnsystem zu erarbeiten, welches das allfällige Eindringen Russlands in den polnischen Suwalki-Korridor zwischen Belarus und der russischen Enklave Kaliningrad im Westen meldet. Würde Russland mit Panzern in dieses Gebiet eindringen, dann könnten die baltischen Staaten komplett von den anderen NATO-Mitgliedern abgeschnitten sein.

2. Resolution über die Lastenverteilung<sup>27</sup>

Mit dieser Resolution fordert die Versammlung die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten auf, zum einen mehr dafür zu tun, dass ihre Verteidigungsausgaben spätestens 2024 den vereinbarten Referenzwert von zwei Prozent ihres BIP erreicht haben, und zum anderen mindestens 20 Prozent ihrer jährlichen Verteidigungsausgaben für die Beschaffung von neuem Grossgerät sowie für die entsprechende Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Ausserdem werden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, zügig Pläne vorzulegen, die glaubhaft erläutern, wie sie dieses Ziel bis 2024 erreichen wollen.

3. Resolution über den Hohen Norden<sup>28</sup>

Diese Resolution verlangt von den Mitgliedstaaten, in verantwortlicher Weise die Zusammenarbeit in der Arktis zu fördern und dabei unüberwindbare Spannungen und Differenzen zu vermeiden. Zudem wird gefordert, eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Forschung, Seerettung, Fischfang und wissenschaftliche Forschung anzustreben und auszubauen.

4. Resolution über Forschung und Entwicklung<sup>29</sup>

Diese Resolution appelliert an die Regierungen der NATO-Staaten, mindestens 20 Prozent ihrer Verteidigungsausgaben für die Beschaffung neuer Ausrüstung sowie für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Ausserdem wird dazu aufgerufen, die Anpassung an die veränderte strategische, wissenschaftliche und technologische Lage fortzusetzen. Ausserdem verlangt die Resolution, eine Reihe von Massnahmen zu ergreifen, mit denen das Potenzial der wissenschaftlichen und technologischen Gemeinschaft der NATO genutzt, eine grössere Diversität in dieser Gemeinschaft gefördert und deren Know-how weiterentwickelt werden kann.

5. Resolution über die Herausforderungen im Weltraum<sup>30</sup>

Diese Resolution fordert die Regierungen der NATO-Staaten auf, dafür zu sorgen, dass der Weltraum trotz seiner militärischen Bedeutung ein Raum der internationalen Zusammenarbeit bleibt, sich für die Erarbeitung gemeinsamer Regeln für die Weltraumaktivitäten einzusetzen, welche insbesondere darauf abzielen, den Weltraumabfall auf ein Minimum zu reduzieren, den Wissensaustausch zwischen den Bündnispartnern zu verbessern und die Entwicklung einer gezielten NATO-Weltraumstrategie zu fördern.

---

<sup>26</sup> Resolution Nr. 448: «Reinforcing NATO's Deterrence in the East».

<sup>27</sup> Resolution Nr. 447: «Burden Sharing: New Commitments in a new Era».

<sup>28</sup> Resolution Nr. 446: «Security and Cooperation in the High North».

<sup>29</sup> Resolution Nr. 453: «Maintaining the Science & Technology Edge and Enhancing Alliance Agility».

<sup>30</sup> Resolution Nr. 449: «Opportunities and Challenges in a changing Space Arena».



### 4.3 Westbalkan

Im vergangenen Jahr stand die Lage auf dem Westbalkan wieder vermehrt im Mittelpunkt der Arbeiten der Versammlung. Die kanadische Senatorin Raynell Andreychuk begrüßte dies bei der Präsentation ihres Berichts<sup>31</sup> vor dem Politischen Ausschuss. Zwar gebe es ermutigende Zeichen wie das Abkommen zwischen Griechenland und Mazedonien über den Namen des mazedonischen Staates sowie die Aufnahme von Gesprächen zwischen Serbien und Kosovo, doch bleibe die Lage vor Ort fragil. In Mazedonien hätten sich die Oppositionsparteien nicht an der Abstimmung über den Staatsnamen beteiligt, werden nach wie vor Territorialansprüche geltend gemacht und ist die wirtschaftliche Lage besorgniserregend, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeitsquote. Insgesamt sehen sich die Westbalkanländer weiterhin mit den bekannten Problemen konfrontiert: begrenzter sozioökonomischer Fortschritt, Nationalismus und Populismus, alte und neue Formen der Korruption, schlechte Regierungsführung, Desinformation über die NATO und die EU, der Einfluss eines radikalen Islam, die Versuche Russlands, sich in lokale Politik und demokratische Prozesse einzumischen, sowie Migration innerhalb und aus der Region. Nach Ansicht von Raynell Andreychuk können die westlichen Länder die positive Entwicklung der Demokratie auf dem Westbalkan nicht als gegeben betrachten, da die Rückfallgefahr allgegenwärtig sei. In ihrem Bericht warnt sie davor, dass jede Art von Vakuum schnell von antidemokratischen und antiwestlichen Kräften gefüllt würde. Eine erneute Krise auf dem Westbalkan würde sich äusserst negativ auf die Sicherheit und die Stabilität Europas auswirken. Stabilität auf dem Westbalkan kann in den Augen von Raynell Andreychuk nur durch wirtschaftliche Entwicklung und eine Integration der verschiedenen Märkte erreicht werden. Sie kommt in ihrem Bericht zum Schluss, dass der militärischen Präsenz der NATO und deren politischem Engagement bei ihren Partnern auf dem Westbalkan eine entscheidende Bedeutung für die Stabilität dieser Region zukommt.

In Halifax sprachen sich die Delegationen Serbiens, Mazedoniens und Kroatiens im Rahmen der Diskussion über den Bericht für ein verstärktes Engagement der EU aus. Die europäische und euroatlantische Integration könne einen Wandel herbeiführen, die demokratischen Institutionen stärken und die Achtung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze – das Fundament wirtschaftlichen Fortschritts und politischer Stabilität – festigen, appellierte Andreychuk. In Warschau verlangten die Vertreter aus Serbien und Bosnien-Herzegowina eine differenziertere Darstellung der Situation in ihren Ländern, gewisse kritisierten auch, die Rolle Russlands sei zu negativ dargestellt. Ein Vertreter aus Grossbritannien rief in Erinnerung, dass auf dem Westbalkan weniger Menschen lebten als im EU-Land Rumänien. Deshalb sei eine Integration in die EU machbar. Ein deutscher Abgeordneter hingegen erachtete die von der EU-Kommission formulierte Perspektive eines Beitritts per 2025 als naiv. Die betroffenen Länder müssten die territorialen Streitigkeiten lösen, sonst bleibe der EU-Beitritt eine Illusion. Die Länder des Westbalkans hätten den Schlüssel zum Erfolg selber in der Hand.

### 4.4 Lage in der MENA-Region, «Islamischer Staat» und Terrorismusbekämpfung

Mit der Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika (MENA-Region) befassten sich mehrere Ausschüsse sowie die Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten. Nach Ansicht der anwesenden Fachleute ist die territoriale Bedrohung, die vom Islamischen Staat (IS) ausging, sowohl in Syrien als auch im Irak nahezu beseitigt. Der IS versuche nun aber, in diesen beiden Ländern eine Art Bauernaufstand anzuzetteln. Loulouwa al-Rachid vom *Carnegie Middle East Center* zeigte sich optimistisch hinsichtlich der Sicherheitslage in Irak, da der IS dort quasi komplett zusammengebrochen sei, betonte aber, dass die Regierung in Bagdad dennoch fragil bleibt. «Der Irak

---

<sup>31</sup> «Security in the Western Balkans», Politischer Ausschuss.



ist nach wie vor verletzlich und potenziell instabil. Die Staatsgewalt ist durch Milizen geschwächt worden, Erpressung, Verbrechen und Korruption haben Hochkonjunktur und der Regierung fällt es schwer, das Land zu führen, da Bagdad nicht das ganze Land unter Kontrolle hat», meinte sie in Halifax. Diese Lagebeurteilung wurde von Faysal Itani vom Rafik-Hariri-Nahostzentrum geteilt. Auch für ihn bleibt der Irak trotz nennenswerter politischer und sozialer Fortschritte verletzlich. Der Präsident der irakischen Delegation bei der NATO-PV, Bachir Khalil Tofiq, wiederum erklärte, die irakische Regierung habe grosse Fortschritte gemacht, vor allem in Anbetracht der Schäden, welche die jahrelangen kriegerischen und religiösen Auseinandersetzungen angerichtet hätten. Er rief die westlichen Länder dazu auf, ihr Engagement für den Irak auch nach der Niederlage des IS fortzuführen. Der Konflikt in Syrien stellt laut Faysal Itani inzwischen eine geopolitische Auseinandersetzung der internationalen Rivalen USA, Türkei und Russland dar.

Gemäss dem Direktor des britischen Instituts *«Royal United Services Institute for Defence and Security Studies»*, Raffaello Pantucci, der in Warschau vor der Versammlung sprach, ist die aktuelle Terrorgefahr diffuser geworden. Der sogenannte «Homegrown»-Terrorismus werde zunehmen, d. h., die Täter wiesen zwar einen Migrationshintergrund auf, seien jedoch im Staat, in dem sie die Anschläge verübten, geboren worden und/oder hätten dessen Nationalität erlangt. Dabei werde die Gefahr von Terroranschlägen, die direkt von ausländischen Organisationen geplant und durchgeführt würden, jedoch nicht verschwinden.

Der Portugiese Julio Miranda Calha verwies bei der Präsentation seines Berichts<sup>32</sup> vor dem Politischen Ausschuss darauf, dass die Lage in der gesamten Region trotz der militärischen Niederlage des IS weiterhin sehr instabil ist. Er rief die NATO-Mitglieder dazu auf, ihre Bemühungen zur Beilegung der Konflikte und Instabilitäten im Nahen Osten und in Nordafrika zu verstärken. Die Erfolge bei der Bekämpfung des IS hätten die Probleme in der MENA-Region – wie Extremismus, Entwicklungsdefizite und sektiererische Konflikte – nicht gelöst. Es bestehe die reale Gefahr, dass der IS und andere extremistische militante Gruppierungen wieder erstarkten, wenn die zugrunde liegenden Ursachen, die ihren Aufstieg gefördert und die instabile Konfliktlage an der Südflanke der NATO verschärft hätten, nicht beseitigt würden. Eine der Hauptursachen sei eine akute Nahrungsmittel- und Wasserknappheit aufgrund von ökologischen Problemen, Hyperurbanisierung und einer mit einem Mangel an sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einhergehenden demografischen Explosion – alles Faktoren, die eine Radikalisierung und alle möglichen Arten von Extremismus begünstigt hätten und durch schlechte Regierungsführung und schwache staatliche Institutionen noch verstärkt würden. Laut Julio Miranda Calha ist die Instabilität der MENA-Region auch eine Folge des Klimas, das südlich dieser Region, d. h. in der Sahelzone und am Golf von Guinea, herrscht. Die Sicherheitslage in Nordafrika und in der Sahelzone habe sich ausserdem seit dem Zusammenbruch des libyschen Staates kontinuierlich verschlechtert, da es immer mehr nichtstaatliche Akteure gebe. Durch die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Regionen wirke sich die Lage in der einen Region auf jene in der anderen aus. Zwar habe die NATO bereits erkannt, dass der Situation im Nahen Osten, in Nordafrika und in der Sahelzone grosse Bedeutung für die transatlantische Sicherheit zukommt, doch braucht es laut Julio Miranda Calha noch mehr Engagement, namentlich um Initiativen wie dem in Neapel ansässigen Zentrum für die Südgrenze der NATO oder dem Ausbildungsprogramm im Irak zum Erfolg zu verhelfen. An der Frühjahrstagung in Warschau äusserten sich die Delegierten der südlichen NATO-Mitgliedstaaten im gleichen Sinne. Ein Vertreter Spaniens wies dabei namentlich auf die schnell wachsende Bevölkerung in der Region sowie auf den steigenden Migrationsdruck auf Europa hin. Ein marokkanischer Delegierter wiederum

---

<sup>32</sup> «Instability in the South», Politischer Ausschuss.



verwies darauf, dass nur eine von fünf migrierenden Personen nach Europa weiterreist, während die überwiegende Mehrheit in Marokko bleibe.

Die Kanadierin Jane Cordy rief die NATO-Mitglieder bei der Präsentation ihres Berichts<sup>33</sup> dazu auf, die Agentur Frontex und die nationalen Küstenwachen bei deren Operationen in der Ägäis und im Mittelmeer weiterhin logistisch und informationstechnisch zu unterstützen bzw. diese Unterstützung auszubauen und zudem mehr Mittel für Such- und Rettungsmassnahmen im Mittelmeer zur Verfügung zu stellen. In Warschau plädierte auch der Direktor von Frontex, Fabrice Leggeri, für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor.

In einer in der Vollversammlung verabschiedeten Resolution<sup>34</sup> empfiehlt die Versammlung den Regierungen der NATO-Mitgliedsländer, die Partnerländer in der MENA-Region weiterhin dabei zu unterstützen, ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen sowie professionelle und verantwortungsvolle Sicherheitsorgane zu schaffen. Zudem fordert die Resolution, die nichtkämpferische NATO-Trainingsmission im Irak angemessen finanziell und personell zu unterstützen. Schliesslich wird die NATO aufgefordert, in den Bereichen Verteidigungshilfe und Aufbau eines Sicherheitsapparats eine gemeinsame Strategie für Libyen zu entwickeln.

#### 4.5 Afghanistan

«Afghanistan ist nach wie vor auf die Unterstützung der NATO angewiesen», so lautete die Botschaft, die an den Tagungen in Warschau und Halifax verschiedentlich übermittelt wurde. Der Deutsche Wolfgang Hellmich zeichnete bei der Präsentation seines Berichts<sup>35</sup> vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit ein eher düsteres Bild von der Lageentwicklung in Afghanistan. Natürlich seien seit dem Sturz des Taliban-Regimes Fortschritte erzielt worden, namentlich in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Wirtschaft. Zudem sei eine Zivilgesellschaft entstanden und die Lebenserwartung deutlich gestiegen. Das Land sei aber nach wie vor abhängig von der internationalen Unterstützung und bleibe im Fokus der NATO-Sicherheitspolitik. Laut Wolfgang Hellmich ist eine seriöse Beurteilung der Sicherheitslage äusserst schwierig und herrscht das Gefühl vor, dass sich die Lage verschlechtert, was vor allem auf die Guerillataktik der Taliban zurückzuführen sei. Die Taliban führten im gesamten Land Attentate durch, mit denen sie so viele Menschen wie möglich treffen wollten. Die Hoffnung, die Taliban militärisch zu besiegen, sei stark gesunken und die Lage vor Ort sei verfahren. Auf politischer Ebene hätten die nahezu um drei Jahre verschobenen Parlamentswahlen einen Test dargestellt. An den chaotisch organisierten und von mehreren Zwischenfällen überschatteten Wahlen von Oktober 2018 hätte nur ein Sechstel der Wahlberechtigten teilgenommen und mehrere Regionen hätten überhaupt nicht gewählt. Afghanistan benötige Investitionen in allen Bereichen, wobei gemäss Wolfgang Hellmich ein dauerhafter Frieden nur durch eine von den Afghaninnen und Afghanen geprägte und durch sie umgesetzte politische Lösung zu erzielen ist. Für ihn gebe es keinen Zweifel, dass dazu ein politischer Kompromiss mit den Taliban erzielt werden müsse. Laut Wolfgang Hellmich müssen die westlichen Länder darüber diskutieren, wie man das Land am besten unterstützen und die Taliban in den Demokratisierungsprozess einbinden kann. Er begrüsst die Roadmap des afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani, welche eine Stärkung der Armee und der Sicherheitskräfte (ANDSF) vorsieht. Dies sei sehr wichtig, da beide nach wie vor mit Korruption, Kündigungen und Desertion konfrontiert seien. In Warschau kritisierte ein britischer Abgeordneter die schwache Moral der ANDSF. Wolfgang Hellmich wies in diesem Zusammenhang auf die sehr tiefen Löhne der Soldaten und Polizisten hin. Verschiedene Delegierte unterstrichen, ohne

---

<sup>33</sup> «Civil Protection in the High North and in the Mediterranean», Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit.

<sup>34</sup> Resolution Nr. 451 «Reinforcing NATO's Contribution to Tackling the Challenges from the South».

<sup>35</sup> «Afghanistan: The Nexus of local and regional Security», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.



Erfolge in der Bekämpfung von Korruption und Opiumanbau könnten im Bereich der Sicherheit keine Fortschritte erzielt werden.

Dauerhafter Frieden hänge in grossem Masse von der Haltung der Regionalmächte ab, namentlich von Pakistan und seiner Bereitschaft, den in Afghanistan kämpfenden Gruppierungen den Rückzug auf pakistanisches Staatsgebiet zu verweigern. Der internationale Druck auf Pakistan, hier endlich Abhilfe zu schaffen, habe eindeutig zugenommen. Wolfgang Hellmich wies auch auf den zunehmenden Einfluss Chinas hin.

In Halifax erklärte der Brite Bob Stewart (Unterhaus), dass die westlichen Länder vor dem Dilemma stehen, in Afghanistan präsent bleiben zu müssen, ohne in der Lage zu sein, die Taliban militärisch vollständig zu besiegen. Das Festhalten an der westlichen Präsenz sei umso schwieriger zu rechtfertigen, als parallel dazu das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden und Sicherheitskräfte des Landes schwinde. Der Portugiese João Rebello äusserte sich im gleichen Sinne. Der Brite Lord Campbell warf die Frage auf, ob man nicht China stärker in die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans einbinden sollte, auch wenn dies hiesse, darauf zu achten, keine regionale Expansionspolitik zu fördern. Der US-Amerikaner Michael Turner (Repräsentantenhaus) war der Ansicht, dass sich die Situation verbessern könnte, jetzt, da der US-Präsident die Bombardierung von Opiumproduktionsstätten genehmigt habe.

## **5 Weitere Aktivitäten der Delegation im Jahr 2018**

Die Delegation hatte am 21. und 22. November 2017 das Hauptquartier der NATO sowie die Schweizer Mission bei der NATO in Brüssel besucht. Ziel des Besuchs war es, die Herausforderungen, mit denen die atlantische Allianz konfrontiert ist, besser zu verstehen und einen Einblick in die Arbeitsweise der NATO zu erhalten. Gleichzeitig konnte sich die Delegation ein Bild von den Tätigkeiten der Schweizer Mission bei der NATO machen und sich aus erster Hand über den Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Allianz informieren lassen. Am 27. Februar 2018 traf sich die Delegation mit dem Chef der Schweizer Mission bei der NATO, Botschafter Christian Meuwly, in Bern und setzte die in Brüssel begonnenen Gespräche fort.

Die Delegation wurde von Botschafter Meuwly gefragt, ob sie es begrüssen würde, wenn die Bundesversammlung 2019 ein Rose-Roth-Seminar in der Schweiz organisierte. Die Delegation befasste sich an ihrer Sitzung vom 25. September 2018 mit dieser Angelegenheit. Nach der Beratung kam sie zum Schluss, dass es derzeit nicht sinnvoll ist, ein solches Seminar in der Schweiz zu organisieren, und beschloss, sich nicht eingehender mit diesem Thema zu befassen.

## **6 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahr 2018**

In den Diskussionen bestätigte sich der Eindruck, dass die sicherheitspolitische Lage komplexer, volatil und unberechenbarer geworden ist. Das strategische Umfeld befindet sich im Umbruch und ist durch eine Anhäufung unterschiedlicher Krisen und Konflikte gekennzeichnet, die in der Regel hartnäckig sind und lange dauern. So bestehen im Osten zwischen der NATO und Russland weiterhin Spannungen. Im Süden ist die Lage in der gesamten MENA-Region – trotz der militärischen Niederlage des IS – weiterhin sehr instabil und die Probleme der Region bleiben ungelöst. Bei den regionalen Machtkämpfen – insbesondere in Syrien, Libyen und im Irak – scheint keinerlei Lösung in Sicht und die Gewalt droht sich in Nordafrika und in den Ländern südlich der Sahara weiter auszubreiten. Die Rückwirkungen auf Europa sind in Form bedeutender Migrationsbewegungen, erhöhter Terrorismusbedrohung und stärkerer Militarisierung spürbar. Auf globaler Ebene schreitet der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung voran, nehmen die strategischen Rivalitäten zu und lässt die Bereitschaft zur multilateralen Zusammenarbeit nach. Entsprechend wächst die



Wahrscheinlichkeit strategischer Überraschungen, nicht zuletzt auch wegen der amerikanischen Führung.

Die Beziehungen zwischen der NATO und **Russland** bleiben angespannt. War an der Frühjahrstagung in Warschau noch immer wieder betont worden, wie wichtig es sei, den Dialog mit Russland fortzusetzen, so äusserte sich in Halifax niemand mehr in diese Richtung und alle Rednerinnen und Redner riefen zu einer strikten Haltung gegenüber Russland auf. Der einzige Aufruf zur Kooperation mit Russland betraf die Arktis. Ansonsten kritisierten alle Rednerinnen und Redner die Haltung sowie die hybride Strategie Russlands und riefen zu einer konsequenten Reaktion auf. Dieser neue Ton könnte auf eine härtere Haltung gegenüber Moskau hindeuten. Allerdings ist nicht sicher, dass sich die Bündnispartner auf konkrete Massnahmen einigen können.

Was die **Weiterentwicklung der NATO** betrifft, ist festzuhalten, dass der Referenzwert von zwei Prozent – trotz der Kritik an der ungenauen Definition und dem Vorwurf konzeptioneller Mängel – seit der Tagung in Wales grundsätzlich von allen NATO-Mitgliedern anerkannt wird. Angesichts des Drucks, den die Delegationen der USA und des Vereinigten Königreichs auf die anderen Delegationen – namentlich jene Kanadas – ausüben, damit diese den Referenzwert spätestens 2024 erreichen, ist nicht auszuschliessen, dass sich die Diskussionen über dieses Thema in den nächsten Jahren verschärfen werden. Die US-Delegation enthielt sich im Übrigen der Stimme, als die Resolution über die Lastenverteilung zur Abstimmung stand. Neu ist allerdings, dass die Meinungsverschiedenheiten und Spannungen, die innerhalb der NATO bestehen, sowohl in Warschau als auch in Halifax thematisiert wurden. Gewisse Meinungsverschiedenheiten wurden auch in den Vollversammlungen angesprochen und einige Delegationen übten direkte Kritik an Bündnispartnern (z. B. am kanadischen Verfahren zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge oder am Kauf des russischen Luft- und Raketenabwehrsystems S-400 durch die Türkei), während andere Streitthemen wie die internationale Rolle der Türkei nicht erwähnt wurden. Die verschiedenen Diskussionen verstärkten im Übrigen den Eindruck, dass innerhalb der Allianz zunehmend unterschiedliche Interessen verfolgt werden. Während sich die südlichen Länder wie Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland vor allem über die Bedrohungslage in der MENA-Region Sorgen machen, blicken die Länder an der NATO-Ostgrenze besorgt gegen Russland. Andere wie die USA, Kanada, das Vereinigte Königreich, Norwegen oder Island befassen sich zum Teil intensiv mit der Sicherheit im Atlantik und im Hohen Norden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Sachverhalt die Spannungen innerhalb der NATO in den kommenden Monaten noch verstärken wird. Meinungsverschiedenheiten dürfte es auch bei der weiteren Ausgestaltung der Politik der offenen Tür geben. Trotz zahlreicher Appelle, neue Mitglieder aufzunehmen, hat nun nach der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland lediglich Mazedonien seine Chancen auf einen Beitritt effektiv erhöht. Wenn alles normal läuft, dürfte Mazedonien 2019 das 30. Mitglied der NATO werden. Im Gegensatz zu früheren Tagungen waren die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU und die Schaffung einer europäischen Armee in Halifax kein Thema.

Die Lage auf dem **Westbalkan** stand im Vergleich zum Vorjahr wieder stärker im Fokus. Die Teilnehmenden betonten, wie wichtig diese Region für die Sicherheit Europas ist, und hielten fest, dass in dieser Region trotz der erzielten Fortschritte weiterhin grosse Probleme bestehen: mangelnde Rechtsstaatlichkeit, schlechte Regierungsführung, begrenzter sozioökonomischer Fortschritt, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Korruption, Nationalismus, teilweise bewusst geschürte ethnische Spannungen sowie ungelöste Grenzfragen. Zudem scheint die Einflussnahme von Russland und der Türkei zugenommen zu haben. Die positive Entwicklung der Demokratie auf dem Westbalkan kann nicht als gegeben betrachtet werden und laut den Fachleuten besteht eine ernstzunehmende Rückfallgefahr. Der militärischen Präsenz der NATO und dem politischen Engagement der westlichen Länder wird eine zentrale Bedeutung für die Stabilität dieser Region beigemessen, namentlich



angesichts des hohen Destabilisierungspotenzials und der Gefahr einer raschen Eskalation der Spannungen. Eine erneute Grosskrise auf dem Westbalkan würde sich äusserst negativ auf die Sicherheit und die Stabilität Europas auswirken.

Die **Terrorbedrohung** wiederum bleibt erhöht. Trotz der militärischen Niederlage des IS ist die Lage in der gesamten MENA-Region weiterhin sehr instabil. Die Siege gegen den IS auf dem Schlachtfeld haben die der Terrorbedrohung zugrunde liegenden Probleme in der Region – Extremismus, Entwicklungsdefizite und sektiererische Konflikte usw. – nicht gelöst. Es besteht die reale Gefahr, dass der IS und andere extremistische militante Gruppierungen wieder erstarben, wenn die Ursachen für ihren Aufstieg nicht beseitigt werden. Auch die Bedrohung durch die al-Qaida besteht fort, zumal diese von den militärischen Niederlagen des IS profitiert. Der Wettbewerb um die Führungsrolle in der dschihadistischen Bewegung dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach wieder verschärfen. Aktuell bleibt ebenfalls die Bedrohung durch den sogenannten «Homegrown»-Terrorismus, d. h. isolierte Einzeltäter oder kleinere Gruppen, die sich radikalisiert haben, ohne in Konfliktzonen gereist zu sein. Neben Vorschlägen zur Verstärkung der Terrorismusbekämpfung stellten auch die Massnahmen zur Beseitigung der Ursachen des Terrorismus und zur Bekämpfung der Verbreitung radikaler Ideologien wichtige Diskussionspunkte dar.

Die Berichterstattung über **Afghanistan** bleibt weitgehend negativ. Trotz des enormen Mitteleinsatzes wurde in Afghanistan seit 2001 wenig Nachhaltiges erreicht und scheint sich die Lage kaum zu verbessern. Das Land ist weiterhin abhängig von der internationalen Unterstützung und es herrscht das Gefühl vor, dass sich die Sicherheitslage verschlechtert. Die Hoffnung, die Taliban militärisch zu besiegen, ist stark gesunken und die Lage vor Ort ist verfahren. Auf politischer Ebene konnten keine Fortschritte erzielt werden. Anscheinend müssen sich die westlichen Länder darüber Gedanken machen, wie man das Land am besten unterstützen und die Taliban in den Demokratisierungsprozess einbinden kann. Die westlichen Länder stehen vor dem grossen Dilemma, in Afghanistan präsent bleiben zu müssen, ohne in der Lage zu sein, die Taliban militärisch vollständig zu besiegen. Da in den letzten Jahren keine entscheidenden Fortschritte erzielt worden sind, ist das Festhalten an der militärischen Präsenz in Afghanistan nur schwer zu rechtfertigen. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob es sinnvoll ist, China stärker einzubinden. Während die einen der Ansicht sind, China könne einen nützlichen Beitrag zur Entwicklung Afghanistans leisten, fürchten die anderen, dass dadurch die wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Chinas in dieser Region nur weiter gefördert würden.

## 7 Tätigkeiten und künftige Ausrichtung

Die Schweizer Delegation zieht eine positive Bilanz ihrer Teilnahme an den beiden Tagungen im Berichtsjahr. Sie ist der Ansicht, dass die Arbeiten der NATO-PV von grossem Nutzen für das Schweizer Parlament sind. In Sachen Sicherheitspolitik ist die NATO-PV das wichtigste parlamentarische Forum. Sie versammelt die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse der euroatlantischen Zone und bietet dadurch einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch über sicherheitspolitische Themen. Dank der Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation zudem ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der gegenwärtig in der NATO-PV behandelten Themen – die Krise zwischen der NATO und Russland, die Situation in der MENA-Region, die Lage auf dem Westbalkan, der internationale Terrorismus, die Erweiterung der NATO sowie Cyberbedrohungen, um nur einige zu nennen – sind direkt oder indirekt auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist wertvoll, sich ein genaues Bild von den Veränderungen machen zu können, die derzeit im strategischen Umfeld



unseres Landes im Gange sind. Was die Weiterentwicklung der NATO als Organisation betrifft, dürften Themen wie die Umsetzung der Beschlüsse der NATO-Gipfel von Wales und Warschau, die in mehreren Fragen wachsenden Meinungsverschiedenheiten unter den Bündnispartnern, die Beziehungen zu Russland, das Engagement auf dem Balkan, die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die Lage in der MENA-Region und die Zusammenarbeit mit der EU in naher Zukunft im Vordergrund bleiben. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die Delegation will die in den vergangenen Jahren hergestellten Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei die beiden Vollversammlungen stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird sie auch an den Rose-Roth-Seminaren teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von besonderem Interesse sind.